

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa., Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4506. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 19093. — **Berlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelselle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonelselle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Russisch-polnische Friedensverhandlungen in London?

London, 26. Juli. Nach einer Meldung der Daily Mail hat die Sowjetregierung der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie geneigt sei, zu Beratungen über den Frieden mit Polen nach London zu kommen, doch verlangt sie vorher, daß sich General Wrangel ergebe, dessen persönliche Sicherheit gewährleistet wird. In der Note erklärt die Sowjetregierung ihr Erkaunen darüber, daß die englische Regierung die Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen unterbrochen hätte.

Ungarns Hilfe für Polen von den Alliierten abgelehnt.

London, 26. Juli. (T.M.) Die Alliierten haben das Angebot Ungarns, Polen gegen den bolschewistischen Vormarsch militärische Hilfe zu leisten, abgelehnt. Die Alliierten haben darin nur einen Versuch Ungarns erblickt, zu einer Revision des Friedensvertrages zu gelangen, außerdem wollen sie die Bildung einer starken ungarischen Armee nicht begünstigen.

Die Eisenbahner für die Neutralität.

Berlin, 26. Juli. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der Allgemeine Eisenbahnerverband richten folgenden Aufruf an alle deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter:

Die Reichsregierung hat die Neutralität der Republik Deutschland in dem Kampfe zwischen Sowjet-Rußland und Polen erklärt. Diese Neutralitätserklärung legt Deutschland u. a. die Pflicht auf, zu verhindern, daß militärische Transporte für die eine oder andere der feindlichen Parteien durch Deutschland geleitet werden. Sollte in dieser Hinsicht irgendwelcher Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, so erklären die Großorganisations der deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter, daß sie unter keinen Umständen eine Verletzung der Neutralitätspflichten zulassen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln derartige Transporte verhindern werden. Jede dahingehende Aufforderung ist vom Eisenbahnpersonal zurückzuweisen; jede Hilfeleistung ist Verrat am Vaterlande!

Durchmarschpläne der Franzosen.

Frankfurt a. M., 26. Juli. Der Frankfurter Zeitung wird unterm 24. d. M. aus dem besetzten Gebiet geschrieben: Die Franzosen bereiten seit etwa zehn Tagen eine Expedition nach Polen durch Deutschland vor und haben für die Beförderung zunächst den Ausweg gefunden, daß die Transporte zur Ablösung der in Ober-Schlesien stehenden Truppen in Marsch gesetzt werden. Ein Transport von 27 Waggons, der als Sanitätszug bezeichnet wurde, ist bereits abgegangen. Die Waggons enthielten in Wirklichkeit Munition und Maschinengewehre. Ein zweiter ähnlicher Transport von 18 Waggons geht in den nächsten 48 Stunden ab. Frankreich beabsichtigt, weit größere Transporte abzuschicken und ihren Durchmarsch, wenn die diplomatische Lage es erlaubt, auf diplomatischem Wege durchzuführen.

Ein angehaltener Kriegsmaterialzug.

Marburg a. d. Lahn, 26. Juli. Hier traf gestern nachmittags, wie die Hessische Landeszeitung meldet, aus Gleichen kommend, ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich fremde Offiziere mit Frau und Kind, sowie einige Wagen Gewehre und Munition. Auf dem Marburger Bahnhof fand sich auf die Kunde von dem Eintreffen des Zuges eine große Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Wagen wurden aufgerissen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zertrümmert. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung auf einer Station in der Nähe von Marburg.

Berlin, 26. Juli. Amtliche Nachrichten erklären: Es handelt sich offenbar um einen sogenannten Polonia-Zug, d. h. um einen der 165 Züge, die auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens vom 22. Oktober 1919 zum Teil mit militärischen Gütern, zum Teil mit Gütern für die Zivilbevölkerung durch Deutschland durchgeführt werden. Die Eisenbahn-Direktionen haben bereits vor dem Vorfall telegraphische Anweisungen erhalten, derartige Züge nicht mehr anzunehmen; doch scheint dieser Zug beim Eintreffen dieser Anweisung bereits auf deutschem Gebiet gewesen zu sein. Weitere Weisungen werden ergehen, wenn nähere amtliche Feststellungen über den Inhalt des Zuges und den Vorfall vorliegen.

Zwischenfall bei der Durchfahrt tschechischer Soldaten in Hamburg.

Hamburg, 27. Juli. (T.M.) Bei der Durchfahrt eines Transportes von etwa 1300 Mann tschechischer

Truppen, die gestern morgen mit einem Dampfer der White-Star-Linie in Cuxhaven gelandet waren, kam es gestern nachmittag in Hamburg zu einem Zwischenfall, weil sich das Gerücht verbreitet hatte, es handele sich um verkappte Engländer. Die Hamburger Arbeiter hielten den Transport auf dem Unterelbe-Bahnhof an und ließen durch eine Kommission den Soldaten, die sich als Heimkehrer aus Sibirien herausstellten, die in ihrem Besitz befindliche Munition, sowie Pistolen und Seitengewehre abnehmen. Der Transport wurde hierauf freigelassen. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß weitere Transporte nicht mehr durch Deutschland fahren.

Schutz für Bela Kun!

Die Post reizt zu seiner Ermordung auf.

Die deutsche Regierung beabsichtigt, wie auch die Rede Dr. Simons in der gestrigen Reichstagsstimmung zeigt, den politischen Flüchtling Bela Kun nach Erledigung des Auslieferungsbegehrens der ungarischen Regierung alsbald auszuweisen nach dem Lande seiner Wahl, das heißt also nach Rußland. Das enthebt natürlich die deutsche Arbeiterschaft nicht der Pflicht, darüber zu wachen, daß dieser Voratz auch ausgeführt wird, da sich die deutschen Bolschewistenressort sicher bis zuletzt aufs Äußerste bemühen werden, diesen Beschluß umzustößen und die deutsche Regierung zu bewegen, der Mörderbande in Budapest, die sich ungarische Regierung nennt, einen Hilfsposten zu leisten. Die deutsche Regierung muß wissen, daß die deutsche Arbeiterschaft solchen Umfall mit aller Kraft entgegentreten würde.

Bela Kun und sein Genosse Gabor sind noch von andern Gefahren bedroht. Die Post, das edle Blatt der Schwerindustriellen, entkräftet sich über die Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft für Bela Kun. Sie bezeichnet das Verlangen, den Verfolgten den Armen der ungarischen christlichen Mörderregierung zu entziehen, als „perverts“ und fordert die „verdiente Lynchjustiz“. Dieses Verlangen der Post wird sicherlich von weiten Kreisen der Reaktion geteilt. Nachdem von einem Blatt, das in engster Verbindung mit der im Lande residierenden deutschnationalen Mörderliga steht, die Drohung ausgesprochen worden ist, dürften sich auch bald die Männer der Tat einfinden. Die Regierung weiß also, woran sie ist. Auf sie wird die Verantwortung zurückfallen, wenn an Bela Kun das von der Post gewünschte Verbrechen verübt wird.

Nach einer Wolff-Meldung werden Bela Kun und Moses Gabor in Liegnitz von Reichswehr streng bewacht, so daß ihnen jegliche Verbindung mit der Außenwelt unmöglich ist. Das ist ja einerseits im Interesse ihrer Sicherheit ganz angebracht, vorausgesetzt, daß sich die Energie der Bewachenden mindestens ebenso sehr darin betätigt, „patriotische“ Mordbuben abzuhalten. Leider ist das bei dem bekannten Charakter unserer Reichswehr durchaus nicht selbstverständlich. Sehr nahe liegt vielmehr die Befürchtung, daß sich in der Reichswehr selber Werkzeuge der Post finden könnten. Die Regierung muß energisch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie die Wachmannschaften sorgfältig auszusuchen hat. Eine Erkennung der Reichswehrosoldaten durch Polizeibeamte wäre sehr nötig. Damit wir nicht aufs neue eine „Erschießung auf der Flucht“ erleben! Die Regierung ist gewarnt!

Der Haftbefehl gegen Dorten zurückgezogen.

Berlin, 27. Juli. (T.M.) In der gestrigen Reichstagsstimmung kam der Minister des Reiches, Dr. Simons, auch ausführlich auf die Verhaftung von Dr. Dorten zu sprechen und sagte u. a., die Verhaftung wäre ohne Verständigung des Auswärtigen Amtes erfolgt. Aus völkerrechtlichen Gründen und gestützt auf ausführliche Rechtsansichten sah sich die Regierung gezwungen, die Aufhebung des Haftbefehls gegen Dorten zu veranlassen. Der Minister fügte noch hinzu, daß sich seines Wissens Dr. Dorten bereits wieder auf dem Wege nach Wiesbaden befinde.

Die Waffen der Rechtspulschiffen.

Braunschweig, 27. Juli. In der Nähe von Frellstedt sind Infanteriegewehre ausgegraben worden.

Adrianopel von den Griechen besetzt.

London, 26. Juli. Die Times meldet, daß die griechischen Truppen am 26. Juli in Adrianopel einmarschiert sind. Die Stadt hat nicht gelitten.

Hinter den Kulissen der Koalitionspolitik.

Die Rechtssozialisten verteidigen ihre bis zum 10. Juni betriebene Politik der Koalition mit der Bourgeoisie mit sehr schlechten Argumenten, dafür aber mit um so mehr Heuchelei und Bosheit. Von der Nichtigkeit ihrer Politik, die vor dem Kriege nur von konsequenten Revisionisten und Reformisten empfohlen wurde, sind sie in der gegenwärtig revolutionären Ära selbst zu einem großen Teil nicht mehr überzeugt. Sie sehen sie indes fort, weil es ein Zurück auf der einmal beschrittenen schiefen Bahn ohne völlige Preisgabe der jüngsten politischen Vergangenheit nicht gibt. Dieser Preis ist den Rechtssozialisten denn doch zu hoch; sie üben sich deshalb in immer neuen Versuchen, die unabhängige Sozialdemokratie und das von ihr vertretene Proletariat von der segensbringenden Nichtigkeit der völlig bankrotten Koalitionspolitik zu überzeugen; was natürlich ohne die üblichen Kniffe und demagogischen Schläge nicht möglich ist.

Das vom Genossen Heute in seiner Reichstagsrede bekanntgegebene geheime Rundschreiben des rechtssozialistischen Parteivorstandes an die Parteipresse enthüllte das wahre Gesicht, die tiefe politische Verkommenheit der Partei, die zum Gespött und Gelächter der ganzen sozialistischen Welt noch den Namen der alten stolzen deutschen Sozialdemokratie trägt, deren politische Grundlosigkeit aber ein Hohn ist auf den wissenschaftlichen Sozialismus und das proletarische Interesse. In jenem ausschweifenden Dokument kam zum Ausdruck, daß die rechtssozialistische Partei die Koalitionspolitik, die geradlinige Fortsetzung der Kriegspolitik nicht um hoher Grundsätze und Ziele willen betrieb, noch ihre Fortsetzung nach dem Wahlausfall und die Beteiligung der Unabhängigen Sozialdemokratie daran von solchen Erwägungen abhängig machte, sondern daß ödeste, beschränkteste, parteipolitische Berechnung, Mangel an Ehrlichkeit und geschichtlichem Blick es waren, was den Rechtssozialisten diese von jedem Sozialismus bare politische Taktik vorschrieb.

Dokumente aus dem innersten Getriebe parteipolitischer Tätigkeit, worin deren ursprünglicher Antriebe und Zweck frei von jeder Phrasologie und Demagogie ausgesprochen wird, worin die Führer ohne Maske und falsche Junge reden, sind lehrreicher und wirkungsvoller als hundert Zeitungsartikel, Broschüren und Bücher. So war es mit dem vom Genossen Heute ans Licht gezogenen geheimen Rundschreiben der höchsten rechtssozialistischen Instanz, so ist es mit den dieser Tage erfolgten dokumentarischen Veröffentlichungen der Freiheit über Vorgänge im Reichsrat während der Kapptage in Berlin, die wir wiedergegeben haben. In einer schicksalsschweren, entscheidungsvollen Situation traten uns in diesen Schriftstücken regierende Rechtssozialisten gegenüber und man kann angefaßt der kurzen, aber inhaltreichen Rede, die sie da gehalten, nur den einen sehnlichen Wunsch hegen, alle rednerischen Leistungen rechtssozialistischer Minister und Staatssekretäre kennen zu lernen, die sie in Kabinettsitzungen und andern Konventikeln, im Kreise ihrer bürgerlichen Kollegen vollbracht haben. Erst im Besitze dieser Niederlagen rechtssozialistischen Koalitionsgesistes, die den Nachweis erbringen würden, wie sie den Sozialismus verleugneten und offen bekämpften, wie sie in der Runde zielbewußter bourgeoisier Interessentvertreter von Stufe zu Stufe sanken — erst wenn man zu der Praxis sozusagen die Theorie hätte, wäre eine erschöpfende Würdigung und Beurteilung der Koalitionspolitik auch durch die große Masse der Arbeiter möglich. Aus den Protokollen der Kabinettsitzungen die Reden Noskes und Heines, der Bismarck- und Puttkamerpionnen, wortgetreu im Auszug veröffentlicht, das würde die öffentliche Bankrotterklärung der Rechtssozialisten und die schnellste Einigung des Proletariats auf sozialistischer Grundlage bedeuten. Aber da wir heute noch nicht im Besitze dieser unschätzbaren, dringenden notwendigen Aufklärungsmittel sind, müssen wir uns mit dem begnügen, was die rechtssozialistischen Regierungsmänner während des Kapp-Putsch im Reichsrat rebeten.

Da entfalten die Südekum und Heinrich Schulz die blutrünstigste antibolschewistische Propaganda. Dem Südekum ist es die Hauptsache, die Rechtssozialisten fernzuhalten von einer Vereinigung mit den Unabhängigen, die mit den Kommunisten gleichzustellen seien. Es ist notwendig, diese schier ungläubliche Tatsache festzuhalten, dieses Verbrechen am Proletariat, wofür nicht nur der Minister-Genosse Südekum verantwortlich zu machen ist, sondern ebenso die Partei, als deren Führer er auftritt und die ihn mit den höchsten Vertrauensämtern beehrt hat. Diese un-

geheuerliche Tatsache gilt es auch festzustellen gegenüber der verlogenen Presse- und Propagandakampagne der Rechtssozialisten, die die Unabhängige Sozialdemokratie für die Zerschlagung der Arbeiterbewegung verantwortlich machen soll. Hier haben wir aus dem Munde eines der prominentesten und einflussreichsten rechtssozialistischen Führers das schöne Bekenntnis: Für mich gibt es angesichts des gegenrevolutionären Staatsstreichs keine größere Sorge als die Vereinigung der beiden Hauptströmungen der sozialistischen Arbeiterbewegung zu verhindern. Während das deutsche Proletariat unter den unglücklichen Schlägen der Rapp-Lüttwisch-Diktatur nur von dem einen schmerzhaften, bangen Verlangen besetzt ist: die geschlossene proletarische Einheits- und Kampffront über alle trennenden Gegensätze hinweg aufzurichten — in diesem ebenso gefährlichen wie verheerungsvollen Moment bietet dieser Südbund alles auf, die Einigung des Proletariats zu hintertreiben! Und es ist den ministeriellen Drahtziehern in der Tat gelungen, diese sich über die Köpfe verräterischer Führer hinweg sich anbahnende Einigung zu vereiteln. Als die Unabhängige Sozialdemokratie nach der Niederwerfung des Rapp-Lüttwisches sich bereit erklärte, eine rechte Arbeiterregierung zu bilden, da erklärte die rechtssozialistische Führerschaft im Geiste Südbunds: Für uns gibt's nur eins: Fortführung der politischen Gemeinschaft mit der Bourgeoisie.

Nicht weniger strupellos verfährt Heinrich Schulz, der Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern, mit den proletarischen Interessen. In der Nacht vom 16. zum 17. März führten die Offiziere des Generals v. Lüttwischen in Berlin versammelten Ministern, Unterstaatssekretären und Mitgliedern des Reichsrates ein tolles Täuschungsmanöver vor. Um für Lüttwisch völlige Straflosigkeit und das Oberkommando zu retten, fabrizierten sie ein Ultimatum der Kommunisten mit dem Ziel einer Regierung Däumig-Dr. Cohn (1), worauf die zitternden Staatsmänner der „verfassungsmäßigen“ Regierung reinfiselen. Die bürgerlichen Vertreter wären zweifellos auch bereit gewesen, Lüttwisch für die alle Regierung setzten zu lassen, aber da erhebt Heinrich Schulz Widerspruch, und er rettet für die angstschwindenden Bourgeoisvertreter die Lage mit der Erklärung: „Die Führer der Mehrheitssozialisten übernehmen es, die mehrheitssozialistischen Arbeiterführer darüber aufzuklären, daß der in wenigen Stunden bevorstehende Angriff nur von den Unabhängigen unternommen und von den Mehrheitssozialisten nicht unterstützt wird.“ Der von den Rappoffizieren erlogene Angriff des revolutionären Proletariats kam nun weder in wenigen Stunden, noch überhaupt; es war ein Schreckgespenst, womit die schwandenden Gestalten im Reichsrat über den Haufen geworfen werden sollten. Aber gesetzt den Fall, die Rappoffiziere hätten einen wirklich bevorstehenden Generalangriff des revolutionären Berliner Proletariats erpicht: die rechtssozialistische Führerschaft war bereit, alles aufzubieten, Verwirrung und Zerschlagung in die Reihen des revolutionären Proletariats zu tragen. Heinrich Schulz betrachtete die Rüge der Rappoffiziere als die Meldung einer in wenigen Stunden losbrechenden Aktion und da ist er entschlossen, das auszuführen, was Südbund als die Hauptfahne bezeichnete: die Verbindung der Unabhängigen Sozialdemokratie mit den Rechtssozialisten bezw. der hinter diesen beiden Parteien stehenden proletarischen Massen zu verhindern.

Betrachtet man die Haltung und Tätigkeit der rechtssozialistischen Regierungsmänner während des Rapp-Lüttwischen nach den veröffentlichten Dokumenten, so kommt man zu folgendem Ergebnis: Sie verhandelten insgeheim mit Rapp und Lüttwisch und standen bereit, Schulter an Schulter mit der Bourgeoisie, gestützt auf den reaktionären Militarismus, das kämpfende Proletariat in ein Meer von Blut zu treiben. Die günstige Wendung, welche die Dinge infolge des solidarischen Zusammenhalts der Arbeiterklasse nahmen, ließ die unglücklichen Pläne nicht zur Ausführung kommen. Aber es kommt jetzt darauf an, festzustellen, welcher Taten Männer fähig sind, die von einem großen Teil des deutschen sozialistischen Proletariats noch als seine berufenen Führer angesehen werden. Solche Elemente geizhen auf dem verwehten Boden der Koalitionspolitik. Es ist dringendes Gebot, gegen sie den entschiedensten Kampf zu führen. Aber er darf nicht nur geführt werden gegen Personen, sondern vor allem wider die politische Taktik und den Scheinsozialismus, der jene grundschlechten Elemente in die Höhe kommen ließ und ihre weitere politische Wirkungsmöglichkeit erlaubte.

Und die schuldbelastete rechtssozialistische Partei, deren Führer nicht das mindeste Vertrauen verdienen, wagte es bei alledem, der Unabhängigen Sozialdemokratie die Teilhaberschaft an der bankrotten Koalitionspolitik anzubieten. Im Lichte der Rapp-Lüttwisch-Dokumente wird die grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik durch unsere Parteilinie glänzend gerechtfertigt. Mehr denn je ist es die Pflicht der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Masse des sozialistischen Proletariats, diese verderbliche Politik rückwärts zu bekämpfen. Nur so kann der Boden bereitet werden für die Einigung des Proletariats, die ihm die Kraft zur Eroberung der politischen Macht durch die Aktion der geschulten Massen gibt.

Berliner Prestimmungen zur Rede Dr. Simons

Berlin, 28. Juli. (Eigene Drahtmeldung der R. A.) Die rechtsprechende Presse ist mit der Rede des Reichsministers des Auswärtigen Simons außerordentlich unzufrieden. Der Lokalanzeiger sagt, daß die Ueberraschung durch die Rede des Ministers des Auswärtigen gekommen sei. Wiederholt habe Simons Widerspruch im Hause erregt. Das Befremden sei gewachsen, als Simons dem britischen Ministerpräsidenten und ebenso den italienischen Botschaftern ungemein freundliche Worte gesagt habe. „Aber die größte Ueberraschung“, sagt der Lokalanzeiger, „bereitete Simons dem Hause durch die Art und Weise, wie er das bolschewistische Problem behandelte. Hier legte er eine realpolitische Kühnheit an den Tag, die auf den Vätern der Unabhängigen helle Entzücken hervorzief. Ab. Hoffmann wußte sich vor Freude kaum zu fassen als Herr Simons versicherte auf Grund, wie er laut und unbedingt zuverlässiger Berichte, daß neben der allgemeinen Verwaltungsarbeit der Bolschewisten eine enorm aufbauende Tätigkeit einherginge, die in der russischen Wirtschaft bereits Erstaunliches geleistet habe.“ Es sei zu tadeln, daß Herr Dr. Simons über die Herkunft und die Qualität dieser Berichte keine genaueren Mitteilungen gemacht hat. Die Deutsche Tageszeitung sagt: „Der Außenminister sprach 1½ Stunde und sagte inhaltlich so gut wie gar nichts, wenigstens nicht zu dem Punkte, der einzig und allein unser Interesse war, über Spa. Dafür leistete er sich einige Sonderheiten, die bald Verbüßung, bald Rappoffizieren erregten, und zu denen keine Partei des Hauses Stellung fand. Der Nimbus des Siegers von Spa, den ihn in den letztvergangenen Tagen eine ge-

wisse Presse ums Haupt zaubern wollte, häßte Dr. Simons am heutigen Montag wieder ein.“ Das Blatt sagt weiter, Simons rede um Spa herum und stehe mit einemmal mitten in Sowjet-Rußland, vor dem er alle Hochachtung habe. Er glaubt, man kann sich in Deutschland nach mancher Richtung an der Sowjet-Republik ein Beispiel nehmen.

Auch die Kreuzzeitung kritisiert die Einzelheiten der Rede Simons und sagt zum Schluß: „Dieses und einiges andre in der Rede des Außenministers werden manchen veranlassen, ein günstiges Urteil, das allzu freundlich Lorbereuen spendete, zu revidieren.“

Das Berliner Tageblatt sagt: „Mit einer erdrückenden Offenheit hat Dr. Simons zu allen schwebenden Fragen Stellung genommen, ohne zu fragen, ob er damit bei dieser oder jener Fraktion des Hauses Anstoß erregt. Ihm kam es darauf an, überall den streng rechtlichen Standpunkt Deutschlands in seinen Beziehungen zu den andern Nationen zu zeigen und dadurch eine neue Atmosphäre des Vertrauens zu uns zu schaffen. Der scharfsinnige Jurist, der Völkerrechtler, aber auch der Diplomat sprachen aus seinem politischen Bekenntnis, das man mit einigen Einschränkungen vom Standpunkt der Demokratie unterschreiben kann.“

Die Volkische Zeitung bemerkt zu den Ausführungen über Sowjet-Rußland: „Die Feststellungen des Ministers des Auswärtigen würden, wenn sie zuträfen, das bisher bekannte Gesamtbild der russischen Zustände ändern. Um so dringlicher ist das Interesse der Öffentlichkeit daran, näheres über die dem Minister zur Verfügung stehenden Quellen und über die ihnen entstammende Darstellung der Lage in Rußland zu erfahren. Man darf wohl annehmen, daß Simons seinen getriggen Andeutungen eine ausführliche Erläuterung folgen lassen wird.“

Die Freiheit sagt: „Der Minister des Auswärtigen, Simons, ist von der Weltanschauung des Sozialismus weit entfernt, und wir nehmen an, daß die Revolution ihm ein Grauel ist, aber das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß er ein Mann ist, der den ehrlichen Willen zur Wahrheit besitzt, und den ein ernstes Streben nach Objektivität und Gerechtigkeit erfüllt.“ Wir sind bereit, ihm soviel Kredit zu eröffnen, als wir dem bürgerlichen Mitglied eines bürgerlichen Kabinetts gewähren. Wir sind freilich lebhaft im Zweifel, ob ihm diese Predigt frommen wird, denn seit gestern steht Herr Simons auf der schwarzen Liste der Reaktionäre. Man wird ihn für einen Bolschewisten erklären und von seinen Kollegen wird die Zugehörigkeit dieses Weißgebirgers zu ihrer schwarzen Schaar höchst unbequem empfunden werden.“

Ueber die Stellung der Parteien sagt der Lokal-Anzeiger: „Die Rede Simons hat in den Kreisen der Koalitionsparteien einiges Befremden erregt. Besonders innerhalb der Deutschen Volkspartei vertritt man die Ansicht, daß der Reichsaußenminister stärkere Worte des nationalen Bewußtseins hätte finden müssen. Auch glaubt man, was seine Ausführungen über Rußland betrifft, er hätte sich mehr Zurückhaltung auferlegen können.“

Die Deutsche Volkspartei hielt gestern nach dem Plenum eine Fraktionssitzung ab, die bis in die spätere Abendstunden dauerte. In dieser Sitzung kam der abweichende Standpunkt klar zum Ausdruck. Danach dürfte es zu keiner Krise kommen, denn, obwohl die Deutsche Volkspartei an der Rede Simons verschiedenes bemängelt, glaubt sie trotzdem der Formel zustimmen zu können, daß die Vertrauensvotum erfüllt sei. Es ist aber anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei ihren ganzen Einfluss geltend machen wird, um eine Formel durchzusetzen, in der ihrem Bedenken Rechnung getragen wird. Dr. Simons hielt man zugute, daß er infolge der Arbeiten in Spa und in den letzten Tagen a b e r spannt ist. Man nimmt an, daß er infolge der Ueberarbeitung an verschiedenen Stellen seiner Rede „nicht die richtigen Worte“ gefunden hat. Diese Annahme dürfte die Beurteilung der Rede in der getriggen Fraktionssitzung nicht unwesentlich beeinflusst haben. Die Deutsche Volkspartei billigt die Stellungnahme der deutschen Delegation in Spa und aus diesem Grunde will sie unter allen Umständen eine Krise vermeiden.

Die Deutschnationalen dürften nach Lage der Dinge eine ablehnende Haltung einnehmen, während die Mehrheitssozialisten der Formel zustimmen dürften. In der heutigen Ausgabe werden wahrscheinlich die Redner der beiden sozialistischen Parteien zu Wort kommen. Da verschiedene Ministerreden einsehbar werden sollen, werden Redner anderer Parteien heute kaum das Wort erhalten. Die Aussprache dürfte sich bis Donnerstag hinziehen.

Verfolgung der jüdischen Arbeiterchaft in Polen.

Wien, 27. Juli. Warschauer Blätter melden unerschöpte Verfolgungen der organisierten jüdischen Arbeiterchaft in Polen. Führende Genossen und fast alle Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Organisationen wurden in vielen Städten verhaftet, zum Teil schwer misshandelt und in Ketten geschlagen. Die meisten jüdischen Arbeiterinstitutionen, sogar Kinderheime, Arbeiterbüchsen und Schulen, alle gewerkschaftlichen und politischen Vereinigungen und Lokale wurden geschlossen. Zahlreiche Genossen wurden nach Polen verschleppt und dort interniert. (T.U.)

Diese Verfolgung des jüdischen Bundes steht in Polen nicht allein. Die Polnische Kommunistische Arbeiterpartei erließ am 14. Juli einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem sie den weißen Terror schildert, der gegen die Kommunisten im Lande tobt. Die Freiwilligen-Armee, die unter Haller gebildet wird, da die Regierung die Ausschekung der älteren Jahrgänge im Bewußtsein der Unpopularität des Krieges nicht wagt, ist das Instrument einer Militärdiktatur. Seit ihrer Bildung ist die Strafe der Herrschaft der aus jungen Bourgeois, Schülern und Studenten bestehenden bewaffneten Banden unterworfen, die sich, zusammen mit dem Abdruck aller Gesellschaftsklassen, zum Bürgerkrieg rüsten. Die Kommunistische Partei wird schwer verfolgt. Ueber das ganze Land herrscht der Belagerungszustand. Die gesamte Arbeiterklasse, selbst die rein gewerkschaftliche, ist, soweit sie nicht der Polnisch-Sozialistischen Partei (P. P. S.), d. h. den nationalsozialistischen Rechtssozialisten gehört, die die Kriegskredite bewilligten, völlig unterdrückt. Die Truppen, sowie Gendarmerteilungen bringen in die Arbeiterheime ein, zerstören die Einrichtungen und verhaften die Parteifunktionäre. Wer in den Gewerkschaftsversammlungen gegen die nationalsozialistische Haltung der P. P. S. zu sprechen wagt, wird beim Verlassen der Versammlung oder etwas später durch die Militär-Gendarmertei verhaftet. Die Gefangenen werden in den verstellten Gefängnissen unablässig belächelt, geschlagen und oft der Tortur unterworfen. Es scheint, daß ein Teil der Gefangenen in die Konzentrationslager gebracht worden ist, wo die russischen Kriegsfangenen schmachten. In ihnen grassiert das Typhusfieber, sodaß der Aufenthalt dort einem Todesurteil gleichkommt. Gendarmen und Militärs erklären offen, daß beim ersten Anzeichen einer Revolution alle in ihrer Gewalt befindlichen Kommunisten ungenügend erschossen werden würden. An die französischen Arbeiter richtet die Partei die besondere Forderung, die Entsendung schwarzer Truppen nach Polen, die nach Gerüchten bald eintreffen sollen, zu verhindern. Der Aufruf schließt: „Arbeiter der Welt, erhebt eure Stimme! Handelt unversäglich!“

Der neue polnische Veeersbericht vom 26. Juli weiß neue wesentliche Erfolge der Polen nicht mehr zu melden. Er macht den Eindruck, daß sie wieder stark bedrängt sind. Die Einzelheiten sind so unbestimmt, daß sich ihre Wiederkehr nicht lohnt.

Nach einer Meldung aus Paris sollen Polen und Franzosen in der Vorkampferfront sich bemühen, trotz des Anfalls der

Abklimmung in Ost- und Westpreußen einige Gemeinden wenigstens und einen Gebietsteil auf dem rechten Weichselufer an Polen zu bringen. „Der ihm die Verbindung mit Danzig sichert“. England und Italien sind indes der Ansicht, daß man die Abstimmungsgebiete Deutschland ungeschmäkert überlassen und die allierten Truppen zurückziehen soll.

Deutschlands Neutralität von Polen anerkannt.

Genf, 26. Juli. (T.U.) Nach einer Savas-Meldung aus Warschau hat die polnische Regierung dem Obersten Rat die Erklärung übermittelt, daß sie die Neutralität Deutschlands im polnisch-russischen Kriege anerkennt.

In Berlin wie in Leipzig! Die „ausgelebte“ Einwohnerwehr.

In der zweiten Juthälfte erhielten „ganz zuverlässige“ Leute folgendes Schreiben zugestellt:

Berlin, den 14. Juli 1920.

Sehr geehrter Herr!

Die Mitglieder der ehemaligen Einwohnerwehr von Berlin und dessen Vororten haben sich in anderer Form und unter anderem Namen wieder zusammengeschaufen, um in Zeiten der Gefahr ihr Eigentum sowie das ihrer Mitbürger vor Plünderern und Verbrachern zu schützen. Nur unser Bezirk hat sich, da ihm die Führung fehlte, bis jetzt dem Zusammenschluß ferngehalten, trotzdem ein marktliches Zusammenhalten jetzt mehr denn je notwendig ist. Um über unsern gemeinsamen Nöbertritt in die neue Vereinigung zu beraten, bitte ich Sie, unsern Aufse Folge zu leisten und bestimme am

Montag, dem 19. Juli 1920, abends 8 Uhr, im Restaurant Flora, Belle-Alliance-Straße 22 (Eingang vom Hof), zu erscheinen, wo Ihnen alles weitere bekanntgegeben wird.

Keiner darf fehlen!

da es zum Schutze untrer Familien und untrres Eigentums gilt.

J. A. Erich Feldmüller, Gneisenaustraße 92.

Der Gewährrmann des Vorwärts, dem dies Schreiben in die Hände fiel, besuchte die Versammlung und übermittelte dem Vlatte folgenden Bericht, für dessen Richtigkeit er sich bereit erklärt hat, unter seinem Etde einzutreten:

Herr Feldmüller eröffnete die von 28 Personen besuchte Versammlung und führte etwa folgendes aus:

Herr Hauptmann Krausned sei mit der Bitte an ihn herangetreten, im Bezirk „Galleches Tor“ den „Berliner Selbstschutz“ ins Leben zu rufen. Er habe die Sache eingehend geprüft und könne sie nur dringend empfehlen.

„Sie wissen, daß die Sicherheitspolizei aufgelöst wird und somit die alle am Plage ist. Im übrigen funktioniert der Selbstschutz schon, auch in der Hasenheide. Man ist in letzterer bei den Einladungen ebenso vorsichtig als Wert gegangen wie hier, indem man alle diejenigen, die in den Märztagen nicht mitgemacht haben, nicht eingeladen hat; denn den Leuten weinen wir keine Träne nach.“

Hierauf erfolgten Mitteilungen über Abzeichen und Aufnahmsheine; darauf fuhr der Redner fort:

„Wir müssen zuerst einen Ausschuss wählen, der die Verhältnisse des einzelnen nach allen Richtungen gründlich prüft, damit wir genau wissen, ob derselbe aufgenommen werden kann.“

In der nach der Vorsitzendenwahl erfolgenden Diskussion wurde eine Anfrage gestellt, in der darauf hingewiesen wurde, daß der Selbstschutz doch aus Zivilpersonen bestehe; ob es nicht möglich sei, mit den Behörden in Konktion zu kommen? Hauptmann Krausned gab darauf die beruhigende Antwort, daß sie als Hilfspolizeibeamten betrachtet werden sollten, und daß diese Angelegenheit „in unserm Sinne“ Erledigung finden werde. Er fuhr fort:

Außerdem ist die Sache nicht so schlimm. Man könnte im Höchstfalle wegen verbotenen Waffentragens gefaßt werden, und das bezahlt selbstverständlich die Genossenschaft.“

Auf die Frage, wie es mit Brownings stehe, wurde erwidert, diese seien zu teuer, und Herr Hauptmann Krausned könne durch das Kreisamt genügend Waffen zur Verfügung stellen. Weiter wurde der Antrag gestellt, die Geschäfte, die selbstig zahlten, zu schließen, und den „Schweinepriestern, die nicht zahlten“, den Schutz zu entziehen. Der Antrag wurde mit Beifall angenommen. Weiter sprach der Vorsitzende Feldmüller — im Anschluß an einen Freiheit-Artikel — von „Paß, das umgefallen sei“, und von „Gefindel, dem man bei Gelegenheit auf die Finger klopfen werde“, und fuhr fort:

Wir wollen die Sache vorläufig streng geheim halten, damit nichts in die Öffentlichkeit kommt. Der Ausschuss kann inzwischen Umchau halten, wen wir noch einladen könnten. Ich werde die Einladungen so halten, daß, selbst wenn eine Verorengehen sollte, nicht daraus ersichtlich wird, was sie bedeuten soll. Ich werde jetzt die gesamte Liste der ehemaligen Einwohnerwehr zur Verfügung bringen, und Sie können durch Zurückfragen bekanntgeben, wer gestrichen werden soll.

Der frühere Vorsitzende der Einwohnerwehr, Läßler (S.P.D.), wird sofort gestrichen. Bei weiteren Mitteilungen, die teils Arbeiter, teils Abteilungsleiter der sozialdemokratischen Abteilung sind, wurde kräftig geschrien, streichen! dazwischenrufen. Der Gewährrmann stellte sich harmlos und fragte, weshalb gerade diese Leute gestrichen würden; eine Antwort hierauf blieb man ihm schuldig.

Man wird schon müde, angesichts solcher Dokumente zu fragen, was der Reichswehrminister zu tun gedenkt!

Wie deutsche „Ordnungsretter“ hantieren.

Unser Bundesblatt in Hamborn, die Freiheit, veröffentlicht unter andern gräßlichen Nachrichten den folgenden erschütternden Bericht:

Schändung eines Mädchens!

Maria Dippert, 20 Jahre alt, besand sich in der Zeit der Rappregierung in Böttrop bei der Mutter zur Hilfe in der Wirtschaft. Ihre beiden Brüder, Albert und Johann, 25 und 22 Jahre alt, gingen zur Roten Armee, um die Rappregierung zu bekämpfen. Albert fiel in Böttrop, Johann flüchtete ins besetzte Gebiet. Als die Revolution durch die welche Garde niedergeschlagen war, wurden die Brüder von Noctiden gefaßt, aber nicht gefoltert. Dann holte man die Schwester unter dem Vorgeben, sie hätte Vandriedenkbruch begangen. Das Mädchen wurde schon unterwegs auf dem Marsch zum Mathaus nach Böttrop vor allen Leuten mit Keitpeitsche und Gummirolch suchtkar mißhandelt. Blutig geschlagen. Die Leute, die Einspruch dagegen erhoben, wurden mit Erbschießen bedroht. Als das Mädchen in der Zelle war, wurde sie aufgefordert, die Bekleider auszuziehen; da es sich weigerte, von dem Pöbelen gefaßt, über einen Schemel gelegt, die Bekleider wurden ihm abgeriffen und es wieder bis zur Bewußtlosigkeit ge-

Magen mit Peitsche und Gummischlauch. Es war dieses am 27. April.

Am 28. April kam der Anführer dieser Motte wieder in ihre Zelle und sorg das Mädchen, ob es geschlechtskrank wäre. Das Mädchen verneinte die Frage. Es wurde dann von diesem Frauenführer, Sergeant Adler, indem er seinen Revolver vor ihren Augen lud und ihn auf die Brust setzte, gezwungen, den Peitschlag 3 Nächte zu dulden. Darauf wurde die Gefangene nach Essen transportiert und, da sich gegen sie nicht das geringste nachweisen ließ, wieder entlassen.

Nachdem diese Pumpen ihre weiblichen Triebe gestillt hatten, wurde das Mädchen noch schwer verprügelt, indem ihr ein Gummischlauch in die Geschlechtsstelle hineingetrieben wurde, so daß sie anfänglich gar nicht gehen konnte und bis heute noch arbeitsunfähig ist. Zwei Ärzte verweigerten jede Untersuchung, auch Mittelte, bis Dr. Korn in Bortrop das Mädchen annahm und ihm ein Mittel ausstellte. Er sagte, er hätte solche Scheußlichkeiten überhaupt noch nicht behandelt.

Alles dieses ist durch ärztliches Mittel erwiesen, und da das Mädchen der U.S.P. angehört, von dieser dem Gericht übergeben worden. Auch ist ein Schreiben an den Reichswehrminister abgegangen.

Der Hauptverdächtige, der Frauenführer, ist der Sergeant Adler, 2. Marine-Brigade Oberleutnant Renaud de la Biere, wahrscheinlich ist der Name falsch wiedergegeben, der bekannte Unterseebootkommandant hieß Renaud de la Periere, Sturm-Batalion Dänemark. — Davon, daß diese Bestie in Menschengekleid zur Rechenhaft gezogen worden wäre, hat man noch nichts gehört.

Diesem erschütternden Bericht unseres Parteiblattes wollen wir noch hinzufügen, daß die Freikorpsbanden, die im Ruhrgebiet hausten, durchweg in die Reichswehr aufgenommen worden sind. Das Sturm-Batalion des Oberleutnant Renaud de la Biere ist, ebenso wie die Dänemark-Brigade, in eine „Schiffstamm-Formation“ umgetauft worden. In Wilhelmshaven durchziehen die Herden bereits mit schwarz-weiß-rotten Fahnen die Stadt und umgeben die Bevölkerung.

Deutschland.

Aufhebung der Zwangswirtschaft für Margarine zum 1. August.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die erheblichen im Innern vorhandenen Bestände an Rohstoffen, sowie die Möglichkeit weiterer Rohstoffzufuhr zu verhältnismäßig günstigen Weltmarktpreisen, erscheint die Zwangsbewirtschaftung der Margarine nicht länger erforderlich, und die Deckung des Bedarfs der Bevölkerung im freien Handel gesichert. Es wird deshalb vom 1. August d. J. ab die bisherige Zwangswirtschaft für Margarine aufgehoben werden, das gleiche gilt für Kunstspeisefett, Speisefalg (rohe Fette von Rindvieh und Schafen) und Speisefei. Infolge dessen werden vom 1. August diese Speisefette nicht mehr behördlich zugeteilt, sondern die Bevölkerung kann ihren Bedarf ohne Marken im freien Absatz decken. Höchstpreisfestsetzung bleibt vorbehalten. Abgesehen von der Freigabe des Absatzes dieser genannten Speisefette bleiben einstweilen alle Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Oelen und Fetten sowie die über die Einfuhr noch in Kraft. Im Interesse der heimischen Industrie soll die Einfuhr von ausländischen Fertigfabrikaten oder Halb-fabrikaten grundsätzlich ausgeschlossen sein. Nur die Rohstoffe sollen eingeführt werden, die im Inlande zur Verarbeitung gelangen. Die Bewirtschaftung von Schmalz und Butter kann noch nicht aufgehoben werden; diese Fette werden weiter auf Marken verteilt.

Es wird sich nun alsbald herausstellen, ob der Vorrat an Margarine so groß ist, daß Preisstreiberien wie bei Deber und Eiern ausgeschlossen sind. Die Festsetzung von Höchstpreisen ist bekanntlich ein sehr unbrauchbares Mittel.

Ein polnisches Dementi.

Vor einiger Zeit ging die Meldung durch die deutsche Presse, die Polen hätten 17 deutsche Arbeiterführer aller Parteien in Graubünden verhaftet und erschossen lassen. Wie die Welt am Montag in ihrer letzten Ausgabe mitteilt, ist ihr auf Grundbahrung der zukünftigen amtlichen polnischen Stelle erklärt worden, daß an der ganzen Meldung kein wahres Wort sei.

Wenn das polnische Dementi der Wahrheit entspricht, so handelt es sich wiederum nur um eine der vielen Erfindungen, die von nationalstiller Seite geflüsternd zur Aufreizung chauvinistischer Instinkte in die Welt gesetzt werden. Die Nachricht trat seinerzeit sehr bestimmt auf.

Der Flanagan-Heid" enthält. Aus Berlin wird gemeldet: Der Röhrlager Paul Krzemiński, der am Tage des französischen Nationalfestes von der französischen Besatzung die Fahne heruntergeholt hatte, ist aus der Haft entlassen worden mit der Bestimmung, daß sowohl wegen seiner festen Wohnung als auch wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtversuch nicht vorläge. Bei der Vernehmung durch den Staatsanwalt hat er erklärt, er gehöre keiner bürgerlichen Partei an und sei auch von niemandem zur Verabholung der Fahne angezettelt worden.

Junak wuchte irgend ein bürgerliches Blatt zu melden, daß der Heid Unabhängiger sei. Der Schwindler hat sich anscheinend nicht halten lassen, somit würde die Tatsache natürlich direkt vorgetragen werden. Ob die Angaben des Beschuldigten über seine alleinige Verantwortung zutreffen, weiß man natürlich nicht. Aber das Gerücht kann offenbar trotz redlicher Bemühung nichts Genaues herausbringen.

Die Entwaffnung. Das Reichskabinett hat einen Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Bevölkerung zugestimmt. Der Entwurf wird unverzüglich dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Teuerungstrawalle im besetzten Gebiet. Aus Mainz berichtet unterm 26. Juli die Agence Havas: Bei Kundgebungen gegen die teure Lebenshaltung wurden viele Kaufleute geplündert. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Neun Polizisten und sechs Kubelräuber wurden verletzt. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die französischen Truppen stellen die Ordnung wieder her. Die Gemeindeführer haben Ansammlungen unter Androhung strenger Bestrafung verboten.

Aus dem Saargebiet. Das Amtsblatt der Saarländer Regierung veröffentlicht eine Anordnung, nach der die Wahrung der Interessen der Saarbewohner im Auslande der französischen Regierung anvertraut wird.

Laufverordnung der Regierungskommission wird ein Saarländischer Festkörper eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, für die Ruhe und Ordnung im Saargebiet zu sorgen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Für den Anstich Österreichs an Deutschland.

In der Nationalversammlung zu Wien hat der großdeutsche Abgeordnete Schöffel einen Antrag eingebracht, wonach mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Oktober unter voller Beachtung des Artikels 88 des Friedensvertrages von Saint Germain eine Volksabstimmung verbunden werden soll, um den Willen der österreichischen Wählerstimme hinsichtlich des Anschlusses Österreichs an Deutschland festzustellen.

Die Bestrafung von Kadzereburg. Die jugoslawische Behörde hat 11^{1/2} Uhr vormittags die Stadt Kadzereburg in Steiermark verlassen. Um 12 Uhr mittags zog eine österreichische

Gendarmerteilabteilung ein, die von der Bevölkerung herzlich begrüßt wurde. Die Entente hatte durch ihre Grenzkommission entschieden, daß Kadzereburg an Österreich fällt.

Amnestieantrag in Frankreich abgelehnt. Die Sozialisten hatten am Donnerstag, im Verlaufe der Amnestie-Debatte in der Kammer den Antrag gestellt, daß auch die wegen politischer Vergehen Verurteilten in die Reihe der zu Begnadigten eingereiht werden sollten. Cailleur, Advokat de Maro-Glasson erklärte jedoch, Cailleur wolle keine Begnadigung, und änderte den Antrag dahin um, daß die Urteile durch den Staatsgerichtshof von der Begnadigung ausgeschlossen werden sollten. Der Gesetzentwurf wurde aber mit 402 gegen 204 Stimmen abgelehnt.

Frankreich geht nach Cassel. Die Finanzkommission der französischen Kammer hat einen Bericht Millierands über den Gesetzentwurf zur Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan entgegengenommen. Mit 19 gegen 15 Stimmen ist der Gesetzentwurf im ganzen Umfange genehmigt worden.

Große Streiks in Spanien. In Bilbao sind die Metallarbeiter in den Aufstand getreten. Die Arbeit ruht auf allen Hochöfen, Schiffswerften und in allen wichtigen Industriebetrieben. 25 000 Arbeiter sind zum Feiern gezwungen.

Der norwegische Gewerkschaftskongress für die 3. Internationale. Der norwegische Gewerkschaftskongress hat sich für das politische Rätesystem und die Diktatur des Proletariats ausgesprochen und beschloffen, einen Vertreter zur 3. Internationale nach Moskau zu entsenden.

Ein Parasit gestorben. Der bekannte amerikanische Milliardär William Vanderbilt am Donnerstag in seiner Wohnung in Paris gestorben.

Italien und Rußland. Der Avant erzählt, daß die italienische Regierung dem Vertreter der Sowjetregierung Robo-sowow einige Vorrechte zugestanden hat, die gewöhnlich den diplomatischen Agenten bewilligt werden.

Anschläge auf italienische Pulvermagazine. Wie der Mailänder Secolo meldet, wurde an verschiedenen Orten verjucht, Pulvermagazine in die Luft zu sprengen, so in Neapel, Mantua und Biareggio. Das bei Placenza gelegene Pulvermagazin ist in die Luft geflogen, doch glaubt man das Unglück auf einen Blitzschlag zurückführen zu müssen. Sämtliche Wachposten wurden schwer verwundet.

Ein enalisches Zugeländnis an Irland. Die Londoner Times glauben zu wissen, daß auf der Grundlage eines vom Abgeordneten Thomlon im Unterhaus gemachten Vorschlages den südlichen Provinzen Irlands Dominion-Charaktere zuerkannt werden soll, unter der Bedingung, daß sie ein integrierender Teil des britischen Reiches verbleiben und die Verteidigung der Provinzen gegen Angriffe von außen in den Händen der Reichsregierung verbleibt. Ulster soll vor die gleiche Wahl gestellt werden.

Es ist sicher, daß dieser Vorschlag, der die Teilung Irlands in einen katholischen und einen protestantisch-englischen Teil bedeutet, die Sinnfeiner nicht zufriedustellen wird.

Wie der neue Neue Rotterdamse Courant aus London meldet, haben Donnerstagmorgen bewaffnete Männer, die Kistenwachtstation von Howes in der Gegend von Rinjala überfallen und die Gefangenen, die sie besetzt hielten, überrollt. Sie haben Gewehre und Munition davongeführt, ein Angestellter ist getötet worden.

Neuer englisch-russischer Konflikt. Nach dem Londoner Daily Herald ist der russische Marinekommandant Kuznetsov, der in Harwich zurückgehalten worden. In einem Moskauer Rundfunkbericht, der von Daily Chronicle veröffentlicht wird, droht man mit schärferen Gegenmaßnahmen, falls Kuznetsov nach England an Bord gelassen werden sollte, wo er zum Tode verurteilt worden war. Moskauer würden dann an den in seiner Hand befindlichen englischen Offizieren Rache nehmen. — (Genosse Marlow war jahrelang Arbeiter der Leipziger Volkszeitung für Finnland. Red. d. L. B.)

Eine Drohung der Nationalisten an den Sultan. Wie dem Temps aus Konstantinopel gemeldet wird, hat Mustafa Kemal Pascha dem Sultan mitgeteilt, er werde, falls er den Friedensverträge mit den Alliierten unterzeichne, abgelehnt. Der Titel des Kalifen werde alsdann dem König von Neuschwaben übertragen werden.

Ein türkisch-irakisches Bündnis. Das Ultimatum, das General Gouraud dem Emir Faisal stellte, hat bewirkt, daß die Araber ein Offensiv- und Defensivbündnis mit Mustafa Kemal Pascha abgeschlossen haben. Der Pascha hat auch schon Truppen in die Umgebung von Aleppo geschickt, um die Truppen des Emirs zu unterstützen.

Die Franzosen haben am 22. Juli begonnen, nach Damas-kus vorzurücken. Am 23. werden sie wahrscheinlich den oberhalb der Stadt liegenden Bergpass erreicht haben. Andre französische Abteilungen werden am Abend des 23. Juli Aleppo erreicht haben.

Räuferei unter den Arabern in Damaskus. Die Times meldet aus Kairo: Nach einem französischen Bericht haben die Meinungsverschiedenheiten zwischen der gemäßigten Fraktion, an deren Spitze Emir Faisal steht, und den Extremisten in Damaskus zu einem Zusammenstoß geführt, wobei 20 Personen getötet wurden.

Der König von Mesopotamien. Nach einer Mitteilung der Times aus Teheran hat England sein Einverständnis dazu erklärt, daß Emir Abdullah, der Sohn des Königs von Irak, als Oberhaupt des arabischen Königreichs von Mesopotamien auftritt. — Der soll anscheinend den Aufstand der Araber dämpfen.

Aus der Partei.

Ruhrflüchtlinge als Spionspiegel.

Vom Bremer Parteibureau wird gemeldet: Am 19. Juli erschienen auf dem U. S. Parteibureau zwei „Ruhrflüchtlinge“, ein U. S. und ein Kommunist. Der U. S. hatte das Mitgliedsbuch auf den Namen Peter Ehrhard lautend, tadellos in Schutz und Empfehlungen, insbesondere vom Hamburger Parteisekretariat. Das in der Zeitung gelesene Sprüchlein von der Hamburger „Roten Armee“ konnte er auswendig mit allen Einzelheiten und noch mehr hinzugeblichen. Auch im Sekretariat der R. P. D. erschienen die beiden, um Unterstützung bettelnd. Bei ihrem Weggang wurden sie unauffällig von einem Genossen verfolgt. Ihr Weg ging schnurgerade zum Wall 146, zum Spitzbureau der Bremer Sicherheitspolizei! — Aus Delmenhorst wurde zwei Tage später gemeldet, daß dieselben Büchsen auch dort bei dem Vorhingen der U. S. P. um Unterstützung geklopften haben. Vor diesen „Ruhrflüchtlingen“ seien die Parteigenossen gewarnt!

Gewerkschaftsbewegung.

Kampfanlage der Textilindustriellen.

Das Unternehmertum strebt nach Verlängerung der Arbeitszeit. Nicht um die Produktion für die bedürftigen Volksmassen zu haben, nicht um reichlicher Gebrauchsgüter für die notleidende Bevölkerung herzustellen, sondern einzig und allein um den Profit zu steigern. So auch die Textilindustriellen. Um die Durchsetzung ihrer Absichten nicht zu auffällig erscheinen zu lassen, gehen sie schrittweise vor. Diesmal einige Stunden pro Woche, das nächste mal wieder einige, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Mit dieser Verknüpfung der Textilindustriellen schloß sich am 18. und 19. Juli in Barmen der in ihrem Mehrteil aus unbesetzten Betrieben mitarbeitern zusammengeschlagene Beirat der 7. und 8. Textilarbeiterverbandes, der nachstehende Entschlieung annahm:

Der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes nach jeder Möglichkeit ermahnen auf das von den Unternehmern erhobene verlangerte Arbeitswoche betreffend Durchsetzung der um 2 Stunden verlängerten Arbeitswoche im Herbst 1920.

Er erließ darin eine Kampfanlage an die Arbeiterkassen und fordert alle Ortsvereine und Verbandsfunktionäre auf, in ihren Dispositionen und Vorbereitungen hierauf Rücksicht zu nehmen.

Vor der Öffentlichkeit stellt der Beirat des Deutschen Textilarbeiterverbandes fest, daß jede Verlängerung der normalen Arbeitswoche eine schwere gesundheitliche Schädigung der ohnehin sehr geschwächten Textilarbeiterkassen herbeiführen muß und daß die Kampfanlage der Unternehmer in eine Zeit fällt, in welcher hunderttausende Maschinen still stehen, sowie zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos sind und andere zehntausende nur 8 bis 20 Stunden pro Woche beschäftigt werden.

Der Forderung der Unternehmer nach Verlängerung der Arbeitszeit stellt der Deutsche Textilarbeiterverband folgende Forderungen entgegen:

1. Durchorganisierung der Textilindustrie im Sinne unseres Verbandsstatuts.
2. Befreiung jeder in Tausenden Betrieben noch vorhandenen veralteten Betriebsorganisation, Durchführung einer auf wissenschaftlicher Grundlage beruhenden Betriebsführung.
3. Erziehung der nach vielen Tausenden zählenden, noch immer in Gang befindlichen, technisch schon seit Jahrzehnten überholten rückständigen Maschinen.

Am der Textilarbeiterkassen liegt es nun, die Kampfanlage des Unternehmertums zu parieren mit der Durchsetzung der eigenen Forderungen.

Schiedspruch im mitteldeutschen Bergbau.

Halle, 28. Juli. (V.M.) Das Schiedsgericht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues hat nach längeren, bis in die frühen Morgenstunden dauernden Beratungen heute morgen folgenden Schiedspruch gefällt:

Es wird eine Schicht-Lohnerhöhung von 3 Mark gewährt, ferner 1 Mk. Rinderzulage und 1 Mk. Hausplatzzulage zu den bisherigen Sägen. Damit sind die Forderungen der Bergarbeiter erfüllt. Die nächste Konferenz der Bergleute, die am Sonntag, dem 1. August, in Halle stattfindet, wird über die Annahme dieses Schiedspruches durch die Bergleute beraten. Man nimmt an, daß er angenommen wird.

Reichslohn-Tarif und Besoldungsordnung für die Eisenbahn- Arbeiter und Beamten.

Die Verhandlungen mit dem Reichskabinett über dem Reichslohn-Tarif sind zum Abschluß gekommen. Das Reichskabinett hat den Reichslohntarif grundsätzlich anerkannt und wird die Mittel dazu vom Reichstag anfordern. Die Uebertourungsansprüche in teuren Orten sind ebenfalls vom Reichskabinett genehmigt worden.

Für die Beamtenschaft ist die Hoffnung vorhanden, daß der Referenten-Entwurf für Besoldungsordnung, der im Sinne der Vorschläge der Personalvertretung aufgestellt worden ist, genehmigt wird.

Ortsverwaltung des Deutschen Eisenbahner-Verbands.

Die Opposition im Deutschen Eisenbahner-Verband. Alle auf dem Boden der Opposition stehenden Kollegen, die zu dem im September d. J. in Dresden stattfindenden Verbandstag des Deutschen Eisenbahner-Verbands als Delegierte in Frage kommen, werden gebeten, ihre Adresse unter Beifügung von 40 Pfg. Porto zwecks Uebersendung von Material zum Verbandstag an Paul Hofmeister, Erfurt, Thüringen, Mittelhäuserstraße 26, einzusenden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Käst in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Friedrich Piltz in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Nachrichten-Verlagsgesellschaft Leipzig.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.
Kukirol 100000 fach bewährt
— Preis M. 2,50. —
In Apotheken u. Drogerien erhältlich
König Salomo-Apotheke, Grimmische Straße



Warum ist er so schnell
geloffen?
(Erdal ist wieder eingetroffen)

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Viele Nummer umfasst 10 Seiten.

Neues Theater.

Dienstag, den 27. Juli 1920

Die Hedermaus.

Operette in 3 Akten von E. Pauner und H. Senet.

Inszeniert von Josef Wron. Musik von Johann Strauß. Personen: Gabriel von Giebelstein, Herrin (Hilke Grabe), Rosa...

Leipziger Schauspielhaus.

Dienstag, den 27. Juli 1920

Die Hedermaus.

Inszeniert von Josef Wron. Musik von Johann Strauß. Personen: Gabriel von Giebelstein, Herrin (Hilke Grabe), Rosa...

Leipziger Puppenspiele

Winnich's Marionettentheater. Neuplatz, Hauptrestaurant 4 Uhr. Große Ferien-Vorstellung: Der Trompeter von Säckingen.

Drei Linden

Täglich abends 7/8 Uhr. Heute Vereins-Vorstellung (Karin in bedenklicher Lage). Der glänzende Varieté-Spielplan...

Kammerlichtspiele

Nur noch 2 Tage! Das letzte und beste Abenteuer. Nic Carter des gefürchteten Meister-Detektivs. Das geheimnisvolle Gasthaus von Chicago...

Lichtschauspielhaus

Vom 27. bis 29. Juli: Riesen-Doppel-Programm! Der Tanz auf dem Vulkan. II. Teil. (Der Tod des Grossfürsten.)...

Volkshaus

Kaffee Kuchen Küche Keller. Morgen Mittwoch, von 7 Uhr an: Garten-Frei-Konzert. Waldhorn-Quartett. Dir. Gustav Schützo.

Luna-Park am Auensee

Morgen Mittwoch: Großes humoristisches Ferien-Kinderfest. Parole Frohinn, mit lustiger Aufführung eines von 24 Knaben in drolliger Weise dargestellten Reigenes 'Verkehrte Welt'.

Trojans Schützenhaus

Morgen Mittwoch ab 7/7 Uhr: Der elegante Mittwochs-Ball. Eisenbahnstrasse 129. Fernsprecher 60138. Inhaber: Paul Knobel.

Neuer Gasthof Gohlis

Heute Dienstag abends 8 Uhr: Grosses Ballfest. Gesellschaftshaus Schönefeld. Mittwoch, den 28. Juli. III. Grosser Damen-Ball.

Wintergarten

Eisenbahnstrasse 50. Fernruf 18105/06. Der Kammerjäger. Schauspiel aus Künstlerkreisen in 4 Akten mit Hanni Weise.

Bindenfels

Karl-Heine-Strasse 50. Fernruf 18105-06. Der Weiermann. Großes Drama in 5 Akten mit Max Neufeld.

Licht-UT-Spiele

Nur noch 3 Tage! Doppel-Spielplan: Erstauflührungen. Kloster Wendhusen. Dramatisches Spiel in 5 Akten nach dem gleichnamigen Roman von W. Heimburg.

Altes Theater. Richard-Wagner-Platz (Fernruf 1416). Dienstag, den 27. Juli 1920. Der Titanthrop. Komödie in 5 Akten (ohne Rollen des Vorhangs) von Hoffke.

Neues Operetten-Theater

Mittwoch, den 28. Juli: Die Falschhändler. Anfang 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 29. Juli: Die Falschhändler. Anfang 7 1/2 Uhr.

Krystal-Palast

Täglich abends 7/8 Uhr. Gastspiel 'Jean Blatzheim'. Die spanische Fliege. Schwank in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach.

Battenberg

Varieté. Abends 7.30 Uhr. Nur noch wenige Tage: Paul Beckers mit Fr. Silvaré. 'Die Erblante'.

Erstklassiges Kabarett

'Libelle'. Trokadero. Windmühlenstrasse 14.

SARRASANI

Für die FORTSETZUNG meines Gastspiels nach schwerem Schicksalsschlag...

Kaiserpark Leipzig-Gohlis

Morgen Mittwoch, von 7 Uhr an. Großer Ball. Goldene Krone Sonnenwig.

Leubsdorf Alter Gasthof

Jeden Dienstag von 7 Uhr an. Großer Hausball. Naturpark Schleussig.

Naturpark Schleussig

Morgen Mittwoch ab 7 1/2 Uhr: Großes Sommerkonzert. 'Ein Wiener Prater-Abend'.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Juli.

Zeitungs-Kommission. Heute abends 7 Uhr Sitzung im Volks- haus, Zimmer 9.

Alt-Leipzig. Zentrum und Norden. Alle Genossen, die sich zur Ortswehr gemeldet haben und die, die sich noch melden wollen, werden ersucht, sich Donnerstag, abends 8 Uhr, im Appelboom, Berliner Str. 34, pünktlich einzufinden.

Die Bezirksführer.

Gewerkschaftsfest.

Achtung, Mitwirkende! Heute, abends 7 Uhr, Probe auf dem Sportplatz. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Die Kasse der Ortsgruppen der sozialistischen Proletarier- jugend können die Karten zum Gewerkschaftsfest in der Kreis- leitung in Empfang nehmen.

Alle am Spartakus-Kaufmann beteiligten Athleten treffen sich Mittwoch, den 28. Juli, abends 7 Uhr. Alle an den übrigen Auf- führungen Beteiligten finden sich Freitag, den 30. Juli, abends 1/8 8 Uhr, zur Hauptprobe der Turner und Sportler auf dem Sport- platz ein. Geräte sind mitzubringen.

Die wirtschaftliche Lage in Leipzig und die Behämpfung der Arbeitslosigkeit.

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Montag die Landesversammlung zu Leipzig. Syndikus Dr. jur. Wendtland referierte über die gemeinschaftliche Versammlung im säch- sischen Wirtschaftsministerium in Dresden über die Hebung der wirtschaftlichen Lage. Er malte ein recht graues Bild von der gegenwärtigen und künftigen Lage der deutschen Volkswirtschaft.

Das weitere Arbeiten mit der Notendrücke sei eine Zer- reißung des Volkes und die jegliche Regierung werde das noch schwer zu büßen haben. Solange nicht zur ehrlchen Wirtschaft zurückgekehrt werde, gebe es keinen Halt auf der Bahn zum finanziellen Zusammenbruch und damit sei das Schicksal der deutschen Wirtschaft und der Arbeiterkraft besiegelt.

Die Aussprache eröffnete Herr Direktor Bold, der in dem Kohlenabkommen von Spa den wirtschaftlichen Tod Deutschlands erblickt. Kohle, Preisabbau, aber auch Lohn- abbau seien unerlässlich zum Wiederaufbau.

Herr Gontard forderte den Abbau der Zwangswirt- schaft. Die Arbeitslosigkeit werde durch den Kanalbau nicht behoben, da nicht jeder Schachtarbeiten ausführen könne.

Herr Tobias wetterte gegen den Bolschewismus. Die Politik müsse von der Wirtschaft getrennt werden. Die Senkung der Preise sei nur durch die freie Wirtschaft mög- lich.

Herr Stadtrat Seifert hob hervor, das Volk wisse noch nicht, das es auf dem Vulkan tanze. Besonders die Arbeitslosen haben es dem Herrn Stadtrat angetan.

Herr Ulrich trat für den Mittelstand ein. Die Pläne der Regierung, die Betriebe zusammenzulegen, sind eine große Gefahr und müßten bekämpft werden.

Wie ein roter Faden zog sich durch die übrige Aussprache die bekannte Unternehmerrassengröße: nur Spar- samskeit und Arbeitsfreudigkeit (der Arbeiter natürlich!) kann uns retten.

Die Arbeiterkassen können aus der Aussprache lernen, daß die herrschende Klasse kein Mittel kennt, um die Allgemei- heit aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten.

Wie die Obstpreise in die Höhe getrieben werden.

Man schreibt uns: Am Sonnabend, dem 17. Juli, wurde in dem Orte Burgholzhausen bei Ebersdorf ein Zwetschenbehang versteigert. Von der Verwaltung der Konsumgenossenschaft für Suhl und Umgegend habe ich den Auftrag erhalten, möglichst diese Zwetschen zu erwerben.

eine gewisse Lage festgelegt hatte. Sollte bei der Versteigerung diese Lage nicht erreicht werden, dann sollte kein Zuschlag erfolgen. Ueber die Höhe der Lage konnte ich nichts erfahren, doch war sie auf keinen Fall so hoch wie nachher das Höchstgebot ausfiel.

So treiben Angehörige des „freien Handels“ die Preise in die Höhe. Die Arbeiterkassen in Leipzig kann ebensowenig wie die Arbeiter in anderen Orten die teuren Preise bezahlen, aber was kümmert das profitwillige Händler.

Arbeiter, Gewerkschafter! Rüstet zum Gewerkschaftsfest!

Seit Wochen sind zahlreiche Genossen unausgesetzt tätig, um die Heerschau der Leipziger Gewerkschafter zu einem entsprechenden und würdigen Feste zu gestalten.

Auf zum Gewerkschaftsfest am 1. August.

Gegen die Verteuerung des Fernsprechverkehrs

nahm in Leipzig im Zoo eine Versammlung Stellung, die von der Interessengemeinschaft der Fernsprechnehmer einberufen worden war. Es gelangte nachfolgende Entschliessung zur Annahme: Die am 25. Juli d. J. im Zoologischen Garten zu Leipzig abgehaltene Versammlung der Ortsgruppenvertreter der Inter- essengemeinschaft der Fernsprechnehmer erkläre in dem im Mai d. J. in der Nationalversammlung von nur 76 anwesenden Abgeordneten angenommenen Gesetz, betreffend die Erhöhung der Fernsprechtsgebühren um das Doppelte der bisherigen Höhe, außer- dem einer Zwangsanzahlung von 1000 Mk. für jeden Hauptanschluß und 200 Mk. für jeden Nebenschluß, eine so schwere Gefahr für die weitere Existenz, insbesondere des Kleinhandels und des Ge- werbetandes, die dieses neue Gesetz unterstützen und schützen will,

Amerikanische Lebensmittelpakete. Vom Landesauschuss der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen wird uns geschrieben: Ueber den Bezug amerikanischer Lebensmittel durch Vermittlung der vom amerikanischen Lebensmitteldikator Mr. Hoover ge- schaffenen Organisation, der sogenannten „American Relief Administration Warehouses in Hamburg“, besteht noch vielfach Unklarheit und es wird von dieser Einrichtung leider viel zu wenig Gebrauch gemacht.

Wir bemerken dazu folgendes: Da in Amerika reichliche Mengen Nahrungsmittel aller Art wie Wehl, Bohnen, Milch, Speck, Schmalz, Speisöl, Corned Beef vorhanden sind, erhalten Ihre amerikanischen Verwandten und Bekannten durch diese Organisation die allerbeste Gelegenheit, Sie auf sichere und billige Weise mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die American Relief Administration Warehouses sind also einfach eine Vermittlungsanstalt zwischen den Bekannten und Verwandten beider Länder.

Eine ausführliche Druckschrift und vorgegedruckte Postkarten, die Sie an Ihre amerikanischen Freunde und Verwandten senden können, erhalten Sie unentgeltlich bei der „Auslandhilfe des Sächsischen Roten Kreuzes“, Dresden-K., Zingendorfstraße 17 und sämtlichen Zweigvereinen vom Roten Kreuz und den Albertzweig- vereinen in Sachsen.

Das ist der „Segen“ des „freien Handels“.

Deuten in Brand gesteckt worden sei, um Unregelmäßigkeiten zu vertuschen. In einem herabgesetzten Geldschrank seien bei der Öffnung dieselben nur Papierstränge gefunden worden.

Vergünstigung für Schwerekriegsbeschädigte. Das Bezirksamt für Kriegerversicherung bei der Amtshauptmannschaft Leipzig schreibt uns: Den Bemühungen des Bezirksamtes für Kriegerversicherung bei der Amtshauptmannschaft Leipzig ist es gelungen, bei einigen namhaften Badeanstalten Vergünstigungen für die Kriegssopfer, insbesondere die Schwerekriegsbeschädigten, zu erwirken.

Best die Straßenbäume schutzen! Der Rat der Stadt schreibt uns: In vielen Fällen sind während der letzten Monate, vor allem im Osten und Norden der Stadt, Straßenbäume in roher Weise durch Abschalen der Rinde beschädigt worden, so daß sie eingehen.

Der Zirkus Sarraiani spielt weiter. Die Vorstellungen wer- den täglich um 7 1/2 Uhr beginnen, am Mittwoch und Sonntag nach- mittag werden Nachmittagsvorstellungen um 3 Uhr mit halben Preisen für Kinder veranstaltet.

Vollzeinrichten.

Gefährliche Spardaßenspeicher! Bei der städtischen Sparkasse sind in letzter Zeit verschiedene gefüllte Spardaßer der städtischen Sparkasse zur Abhebung von Geldbeträgen vorgelegt worden.

Geistig erkrankt. Am Morgen des 18. d. M. wurde im Rosen- tal in der Nähe des Wilhelmsteiges von Passanten ein Mann in Hemdärmeln angetroffen, der, wie sich ergab, geistig erkrankt war.

Reiseverkehr über die Oßgrenz. In diesen Tagen wurde dar- auf aufmerksam gemacht, daß es zur Einreise aus dem Osten in das Deutsche Reich nicht mehr der Zustimmung des Auswärtigen Amtes bedürfe, nachdem in dem an das Reich angrenzenden Aus- lande, und zwar in Warschau, Kosen, Bromberg, Danzig, Memel, Oppeln (für das Abtötungsgebiet Oberschlesien), Romno und Neval deutsche Passstellen errichtet worden seien.

Warnung! Am 21. d. M. ist ein 14-jähriges Dienstmädchen, das beauftragt worden war, einen Reisefuß mit Inhalt bei der prüflichen Gepäckaufgabe aufzugeben, auf folgende Weise um den Koffer geprellt worden: Das Mädchen war im Bahnhofe zunächst zurückgewiesen worden mit der Anweisung, erst eine Adresse zu schreiben.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 28. Juli.

Ausgabe. Zuckerarten der Reihe 18: Nr. 401-800. Fett und Zucker für Bäckereien: Ausgabe Stadthaus, Bezugs- berechnigte R-Z.

Gruppen, Erbsen, Haferflocken: Markenaufgabe.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Freibant 1: Nr. 3731 bis 4919, Freibant 11: Nr. 2121 bis 3025.

Sitzung des Arbeiter-Samariterbundes.

Am 19. Juli fand in Neugersdorf im Steinbruch die Kreisversammlung des Arbeiter-Samariter-Bundes statt. Von überall her kamen die Samariter und Samariterinnen, um geschlossen alles das zu überlegen, was sie in den Ruhestunden nach ihrer Arbeit für das Allgemeinwohl der Bevölkerung gelernt haben. Mit Freude und Dank nahmen sie Kenntnis, daß auch bei den Regierungskreisen die Einsicht ihren Einzug gehalten hat, daß beim Arbeiter-Samariterbund nur der eine Vorzug besteht, dem Hilfebedürftigen die erste Hilfe zuteil werden zu lassen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Gauß. Elternrat, Schulleitung und Elternrat haben ein Flugblatt an die Eltern unserer Volksschullinder gelangen lassen, in dem auf gewisse unzulässige Zustände hingewiesen wird. Es ist zu wünschen, daß der Inhalt des Flugblattes überall Beachtung finden möge, und daß alle Eltern dazu beitragen, die gefährlichen Mängel zu beseitigen. Gerade die Arbeitsverhältnisse im Elternrat und Schulleitung müssen unsere Schulverhältnisse in jeder Weise vorbildlich zu gestalten. Dazu aber ist die Unterstützung aller Eltern notwendig. Sind es doch oft genug nur kleine Mängel, die bessere Verhältnisse schaffen können, während Vernachlässigung dazu führen muß, der allgemeinen Volksschule zu schaden und ihren zahlreichen Gegnern Waffen in die Hand zu geben. Eltern, denkt daran: durch gute Schulverhältnisse heißt ihr euren Kindern die Wege für die Zukunft eben!

Schleier. Protestversammlung. Am Freitag, abends 7 Uhr, fand im Garten des Waldlagers eine gutbesuchte Protestversammlung. Es galt zu demonstrieren gegen den Lebensmittelpreis, die Schließung der Betriebe, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und gegen die Steuerabschnitte. Genosse Pöhl, Landau, erklärte ein in diesem Sinne gehaltenes Referat. Reicher Beifall wurde dem Redner gezollt. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Der Gesangsverein 'Vorwärts' sang am Anfang und Ende der Versammlung ein Kammerlied, welches die Stimmung noch erhöhte.

Die kriegerischen Ereignisse im Osten

Am Montagmorgen fand in Volkshaus eine große öffentliche Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Neutralität Deutschlands im Kriege zwischen Polen und Rußland. Gegen die Auslieferung Bela Khuns. Der Referent, Genosse Schmidt, wies eingehend auf den Ernst der politischen Lage hin und führte etwa folgendes aus: Die gesamte deutsche Arbeiterklasse hat ihren Willen zu bekunden, was in dem Kampfe zwischen dem internationalen Kapital und Rußland, sowie gegen die Verhaftung Bela Khuns zu geschehen hat. Zunächst müssen wir uns vergegenwärtigen, wer Bela Khun ist und was er verborgen hat. Bela Khun ist der von der Bourgeoisie bestaunte Mann, denn er hat die Kühnheit besessen, die Arbeiter und Bauern Ungarns von ihren Ausbeutern zu befreien. Leider konnte auch in Ungarn der Sieg der Revolution nicht behauptet werden. Die

Mittel der Reaktion waren zu groß. Mit Hilfe des internationalen Kapitals wurden in Ungarn weiße Garben gebildet, die die Bewegung niederschlugen. Bela Khun war gezwungen, aus Ungarn zu fliehen und wird nun als Verbrecher hingerichtet werden, die im Menschenblut waten, die sich nicht scheuen, Frauen zu töten und Kinder zu mordeten. Bald war unter der Herrschaft Bela Khuns die Ordnung in Ungarn nirgends gestört; er hat keine Maßnahmen getroffen, wie sie gar nicht anders möglich waren, wollte er die Unterdrückten vom Joche der Ausbeutung befreien. Bei seiner Flucht fand Bela Khun ein Asyl in Desterreich, wo er fast ein Jahr lang hielte. Nun will Rußland 50 000 kriegsgefangene Desterreicher ausliefern und fordert, daß Bela Khun dafür ausgetauscht werde, damit er in Rußland Bewegungsfreiheit genieße. Der Transport durch Deutschland ist angehalten und in ein Durchgangslager überführt worden. Die deutsche Arbeiterklasse darf unter keinen Umständen die Hand dazu bieten, daß die Gefangenen noch länger zurückschliefen werden. Sie hat von der Regierung zu verlangen, daß sie die Forderung Ungarns auf Auslieferung ebenso klipp und klar wie Desterreich ablehnt und Bela Khun freigelegt. Will dies die Regierung nicht tun, dann mag sie ihn als lästigen Ausländer ausweisen, so daß er die russische Grenze mit Sicherheit erreichen kann. Die deutschen Arbeiter, Angehörigen und Beamten haben die Mittel in der Hand, von der Regierung Rechenhaft zu verlangen darüber, daß sie alles tut, um Bela Khun nach Rußland und damit die Gefangenen in ihre Heimat gelangen zu lassen.

Die Bestrebungen der Entente gehen dahin, die besetzten Länder in den Dienst der Ententekapitalisten zu stellen, Deutschland von Rußland zu isolieren und damit eine Gefahr für das internationale Kapital abzuwenden. Zu diesem Zwecke wurde Polen geschaffen als Pufferstaat zwischen Rußland und dem Deutschen Reich, und Danzig soll das Einfallstor des Kapitalismus nach Rußland sein. Die Entente hat alles getan, daß Polen den Eroberungskrieg führen konnte. Nachdem in Rußland die weißen Garben besiegt und die Rote Armee in Arbeitkompanien umgewandelt wurden, glaubte Polen, daß der Augenblick zum Vordringen gekommen sei. Selbst ist ein Krieg so leicht vom Zaune gebrochen worden, aber auch selten so schnell zusammengebrochen. Mit Haß und Verzweiflung wurden die polnischen Heere in der Ukraine empfangen, und im Norden fanden die hohlokeimigen Soldaten das Vertrauen der Bevölkerung. Deshalb mußte die polnische Herrschaft zusammenbrechen. Die Entente sah die Felle des Sieges davonschwimmen und verlor deshalb sich in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen, die imperialistischen Geistes zu befestigen. Rußland lehnte die Einmischung ab, und Polen hat darauf um Frieden gebeten. Die russische Regierung hat keinen Zweifel gelassen darüber, daß sie den Frieden gewähren wird.

Doch damit ist die Angelegenheit noch nicht erledigt. Kein Mensch wird glauben, daß die Entente ihren Plan aufgibt, aus dem Lande ungeheure Profite herauszuholen. Die Entente rüstet weiter, es werden von neuem Heere zusammengestellt. In Deutschland bestehen in dieser Frage zwei verschiedene Strömungen. Die eine will mit Rußland zusammen gegen die Entente aufstehen, um den Friedensvertrag von Versailles und die Vereinbarungen von Spa zunächst zu machen und die Macht der Kapitalisten neu zu festigen. Die andere Bestrebungen, die von den gegenrevolutionären russischen Emigranten in Berlin betätigt werden, gehen dahin, eine Verständigung zwischen der Entente, Deutschland, Polen und dem bürgerlichen Rußland herbeizuführen. Für die militärische Unterstützung Polens gegen Sowjetrußland sollte Deutschland die Provinz Polen zurückhalten. Diese Fragen werden nicht öffentlich gelöst, und es besteht die Gefahr, daß versucht wird, diese Bestrebungen hinter dem Rücken der Arbeiterklasse durchzuführen, daß Deutschland zum Kriegshauptplatz gemacht wird. In der nötigen Stimmungsmache besinnen ja die herrschenden Klassen lebhaft. Die Ententetruppen sind unterwegs. Wenn die Neutralitätsklärung Deutschlands ebensowenig beachtet wird, wie 1914 die Belgien durch Deutschland, dann würden wir erleben, daß Deutschland von der Weichsel bis zum

Rhein Kriegsgeld wird und dieselben Schrecken wie Frankreich und Belgien durchzuholen hat. Die deutschen Arbeiter hätten dann Grenzen zu brechen und Geiseln zu nehmen, würden in Erlaubnisse eingereiht und zu Soldaten für die Entente gemacht, das Weiskapital neu besetzt. In dieser ersten Situation müssen alle kleinlichen Bedenken des Tagesstampses zurückgestellt, es muß die Solidarität mit den Arbeitern der ganzen Welt herbeigeführt werden.

Die Verhältnisse drängen zu dem Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit. Hier gilt es, seinen Kopf zu bewahren und die Maßnahmen so zu treffen, daß sie von der Arbeiterklasse als richtig erkannt und durchgeführt werden können. Aus diesem Gesichtspunkte wenden wir uns 1. gegen die Durchfuhr von Munition; wir verlangen eine unbedingte und konsequente Neutralität, 2. Deutsche Waffen dürfen nicht an die Polen ausgehändigt werden. Nach dem Abkommen von Spa sollen die Waffen nur zur Bekämpfung abgeleitet werden. 3. Keine Truppentransporte durch Deutschland. 4. Keine Heberpannung der Grenzmaßnahmen. Der überflüssige Ausnahmezustand in Ostpreußen gibt einem General die Macht in die Hand, der selbst zu den Weißgarbigen gehört hat. Die russische Regierung erklärt, daß sie nicht daran denkt, die deutsche Grenze überschreiten zu lassen. Die Arbeiter aller Länder haben die Mittel in der Hand, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Hafenarbeiter in Danzig haben das Ausladen und Verpacken von Waffen verweigert. Die englischen Arbeiter haben angefangen, im ganzen Lande den Generalstreik zu vollziehen, wenn die Regierung Truppen gegen Rußland schickt. Und wir müssen der ganzen Welt wissen lassen, daß wir nicht zu Verweirern unserer Klassenangelegenheiten werden wollen. Die Zentrale der Eisenbahner hat der Regierung erklärt, daß sie Truppen- und Waffentransporte unter keinen Umständen ausführen werde. Die Bergarbeiter sind nicht gewillt, Kohlen zu fördern, die nur zur Zerstörung der übriggebliebenen Kulturgüter dienen sollen. Wir werden unsere Solidarität mit den Transport- und Bergarbeitern beibehalten. Aber auch in den andern Ländern regt sich die Arbeiterklasse. Wenn es um Leben oder Sterben geht, wenn das gesamte Kapital gegen das internationale Proletariat kämpft, dann wird sich in kurzer Zeit ein Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder vollziehen, der auch kampffähig ist und siegen muß.

Das gequälte Rußland möchte den langersehnten Frieden herbeiführen, und Deutschland kann durch den wirtschaftlichen Anstoß an Rußland nur gewinnen. Die Arbeiterklasse braucht vor dem Bolschewismus keine Furcht zu haben. Die Führer des russischen Proletariats sind selbst darauf bedacht, vergangene Fehler auszumergen, und der Entwicklungsgang wird doch diktiert von den wirtschaftlichen Bedingungen. Will die deutsche Regierung unsere Forderungen erfüllen, dann hat sie die gesamte Arbeiterklasse hinter sich, weigert sie sich, dann mag sie den Kampf aufnehmen gegen die ganze Arbeiterklasse. Die Versammelten müssen in ihren Betrieben allen Arbeitgenossen den Ernst der Lage bearezlich machen, damit sich alle Proletarier zum Kampf zwischen Kapital und Arbeit bereit halten, und wenn es sein muß, auch das Leben einsetzen für die Befreiung des Proletariats.

Lebhafter Beifall bezeugte das Einverständnis der Versammelten mit den Ausführungen des Redners. — Genosse Widheis schloß die Versammlung mit dem Rufe: Die Freiheit der Völker, sie will errungen sein!

In 1 Stunde vertrauen **Garantie** Kauf, Villa, Gemunter und Kleider, samt Brut (Hirschen), Fische bei Menschen u. Tieren. **Kampold**, pat. gesch. Mittel. Für Wunden unschädlich. Verkauf nur: Schletterstraße 12; Gohlis: Grunert; Meierei Haßliche Straße 67; Lindenau: Muerwald, Jolenhitze 17.

LUNA Lichtspiele Leipzig-Eutritzsch, Schönbau.

Von Dienstag, 27. Juli, bis Donnerstag, 29. Juli **Monica Vogelsang** Honny Porten Monumental-Film, 6 Akte. Gesangsbeilagen: Frl. Chorny, fr. Hofopernsängerin.

Siehe in in unserm Vorlage erschienen:

Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung. Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G. Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

Nur noch 3 Tage!

Königs-Pavillon Promenadenstraße 8 (Thomasmirg) Fernruf 19271

Der VI. und letzte Teil 10. Episode, 4 Akte von **Die Vampire** (Die Bluthochzeit). Zilkas teuflischer Plan (Nachtschatten) Abenteuer-Drama in 4 Akten.

Welt-Theater Barfußgasse

Die Stunde der Rache 5aktiges Drama nach dem Roman Hölle der Jungfrauen.

Charly Bills Detektiv-Drama Der geheimnisvolle Fremde 5 Akte.

Kasino - Lichtspiele Neumarkt (Drochner Hof) Neumarkt Fernruf 19950

Nur noch 3 Tage!
Die geheimnisvolle Kugel oder **Der Menschheit Fluch** Tragödie in 5 Akten.

Fern Andra in dem 4aktigen Drama aus dem Zirkus- und Artistenleben: **Eine Motte Nog**...

Wochentags 4 $\frac{1}{2}$, 6 $\frac{1}{2}$ und 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Lichtspiele
Zschocher Telefon 40360 Inh.: M. Raschke Ab Dienstag bis Donnerstag **Leontine Kühnberg** in der spannenden und erschütternden Lebenstragödie einer Verführten, 5 Akte **ICH KLAGE AN** Ferner: **Die Nacht der ersten Liebe** 4 Akte. Ein dramatischer Film von **Charlotte Böcklin**. 4 Akte. **Mukis Badefirt** Lustspiel in 2 Akten. **Ersiklassige Künstler-Musik.**

Johann Gottfried Seume Ein literarisches Porträt Ausgewählte Werte Seumes Herausgegeben u. eingeleitet von **Wilhelm Hausenstein**. Preis geb. 7.00, brosch. 6.00. Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Postkontokonto Nr. 63477. Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Film-Palast L.-Lindenau, Gundorfer Straße 31. Dienstag bis Donnerstag — 3 Tage — **Das Haus der Unschuld** Drama in 5 Akten mit **Mia Mara**. **Das Verbrechen im Hause Wall Street Nr. 13** Detektiv-Film in 5 Akten.

Arbeiter u. Parteigenossen!
Lest Euer illustriertes Blatt die Wochenschrift der U.S.P.D.
Freie Welt Preis 60 Pfennig
Zu beziehen durch die Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges. Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Lichtspiele Alberthalle, Krystall-Palast Ab 23.—29. Juli

2 Erst-Aufführungen **10 Akte** Sensations-Detektiv-Doppel-Programm **10 Akte** **2 Erst-Aufführungen**

Der Meister-Detektiv Harry Hill in: **Das unbewohnte Haus** Spannender Detektiv-Film in 5 atemberaubenden Akten. Sensationen über Sensationen. Der Zusammenstoß zweier Automobile usw. **MARY WOOD Die Tochter des Sträflings** Ein Drama aus dem Verbrecherviertel Neuyorks in 5 fabelhaften Akten

Nur für Erwachsene

Anfang Sonntags 3 Uhr — Wochentags 4 Uhr

Reichstag.

Berlin, 26. Juli.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 5,20 Uhr mit einer Ansprache, in der er auf die schweren Bedingungen hinweist, die uns in Spa auferlegt worden sind. ...

Nach der Geschäftsordnung muß vier Wochen nach erfolgter Wahl eine nochmalige Wahl des Präsidiums stattfinden. ...

Herr Müller-Tranten (Soj.) schlägt vor, die drei Vizepräsidenten in einem Wahlgang durch Zuzuf zu wählen. ...

Herr Müller-Tranten (Soj.) schlägt die Wiederwahl der bisherigen Vizepräsidenten Dittmann (Unabh.), Dr. Bell (Fur.) und Dietrich (Nat. Fr.) vor. ...

Die Wahl erfolgt ohne Widerspruch.

Die Tagesordnung steht dann auf:

Zusammenfassung der Konferenz in Spa.

Reichstagspräsident Ebe eröffnet die Verhandlungen in Spa nicht zu sagen. ...

durch ein Ultimatum noch verkärtes Diktat

beruhte. Im Laufe der Tage hatte sich allerdings die Verhandlungsart etwas gebessert, aber es ist doch immer der Eindruck geblieben, daß wir nicht mit gleichem Recht am gleichen Tische sitzen, ...

Es gibt uns nichts, wir kommen nicht darum herum.

Wer etwa der Meinung war, daß es uns gelingen würde, wesentliche Verbesserungen zu erreichen, wird gut daran tun, auf die Zukunft keine Hoffnungen zu setzen, sondern die ganze Tatkraft anzuwenden, um das Ergebnis von Spa auch wirklich zur Ausführung zu bringen, ...

Nun die Entwaffnung anlangt, so liegt es nun am ganzen deutschen Volke, in allen Parteien mit allen Kräften dafür einzutreten, diesen Forderungen unserer Feinde gerecht zu werden. ...

Entwaffnung unseres Volkes vollkommen

herbeiführen. Es wäre unverantwortlich, jetzt Mißtrauen und Streit im Innern des Volkes unter den einzelnen Richtungen anzufachen, wenn uns von außen der Einmarsch und das Chaos drohen. ...

An Bezug auf die

Kohlenfrage

wissen wir wohl, daß es eine große Anzahl von Sachverständigen gibt, die der Meinung sind, daß das Abkommen, das wir unterzeichnet haben, nicht zur Ausführung gebracht werden kann. ...

Reichsminister Dr. Simons: Das Auswärtige Amt hat auf meine Anordnung eine Denkschrift ausgearbeitet, die Ihnen vorliegt. ...

Das Kabinett hat die Entschlüsse in Spa gebilligt und ist solidarisch.

Ich bitte Sie, nicht zu forschen, was die einzelnen Mitglieder für ein Votum abgegeben haben oder ob das eine oder andre Kabinetsmitglied sich mit Rücktrittsgedanken trägt. ...

Strafurteil gegen ein allein schuldiges Volk.

Wir sind aber der Meinung: wenn wir mitschuldig sind, so sind wir doch nicht allein schuldig. Wir müssen den Gegner anerkennen als Sieger, nicht aber als Richter. ...

ohne unsere Zustimmung wäre der Einmarsch sicher erfolgt.

Deutschland und Frankreich sind mehr als alle andern Länder wirtschaftlich auf einander angewiesen. ...

„Unser ganzes Bestreben wird dahin gehen, eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen.“ ...

Dem Preisabbau ist Rechnung getragen!

Die dem unterzeichneten Verband angegliederten Geschäfte haben schon seit Monatsfrist die Preise einheitlich nach bestimmten, vom Verband ausgegebenen Richtlinien reduziert, und zwar ohne Rücksicht auf den Einkaufswert. ...

Leipziger Verband des Einzelhandels E. V. Zeitzer Strasse 14, III.

Verband deutscher Textilgeschäfte. Verband deutscher Wäschegeschäfte. Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser. Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung. Reichsverband für Damen- und Mädchenbekleidung.

gemäß. Schließlich mit der Forderung der Rückkehr nach ...
nachdem, schließlich mit der Forderung der Rückkehr nach ...
nachdem, schließlich mit der Forderung der Rückkehr nach ...

Am Sonnabendmorgen wurde mir telephonisch mitgeteilt, daß ...
Am Sonnabendmorgen wurde mir telephonisch mitgeteilt, daß ...
Am Sonnabendmorgen wurde mir telephonisch mitgeteilt, daß ...

halten. (Sehr richtig! links.) Nach dem Rheinlandabkommen ...
halten. (Sehr richtig! links.) Nach dem Rheinlandabkommen ...
halten. (Sehr richtig! links.) Nach dem Rheinlandabkommen ...

Einen Ausweg in Spa hat der englische Premierminister ...
Einen Ausweg in Spa hat der englische Premierminister ...
Einen Ausweg in Spa hat der englische Premierminister ...

Land George hat Verständnis für die deutschen Verhältnisse ...
Land George hat Verständnis für die deutschen Verhältnisse ...
Land George hat Verständnis für die deutschen Verhältnisse ...

Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...

Kampf zwischen Polen und Rußland ...
Kampf zwischen Polen und Rußland ...
Kampf zwischen Polen und Rußland ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...

Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...

Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...

Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...
Wien des nassischen Hinterland von Belgien, und das belgische ...

den Unabhängigen.) Je mehr Zweifel darüber gemocht wird ...
den Unabhängigen.) Je mehr Zweifel darüber gemocht wird ...
den Unabhängigen.) Je mehr Zweifel darüber gemocht wird ...

Ich komme zurück auf die ...
Ich komme zurück auf die ...
Ich komme zurück auf die ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

Sächliche Angelegenheiten.

Der Verband Sächsischer Landwirtschaftlicher ...
Der Verband Sächsischer Landwirtschaftlicher ...
Der Verband Sächsischer Landwirtschaftlicher ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...

die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...
die unbedingte Neutralität Deutschlands auszusprechen, und das ist ...